

Stand: 14.05.2026 17:48:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11184

"Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Integration in Bayern aktiv gestalten""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11184 vom 26.04.2016
2. Mitteilung 17/12432 vom 11.07.2016



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Integration in Bayern aktiv gestalten“

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Zur Untersuchung der Situation von Migrantinnen und Migranten in Bayern, der Chancen, Risiken und Herausforderungen, die die Integration der nach Bayern zugewanderten Menschen mit sich bringt, sowie der Grundlagen und Rahmenbedingungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Integrations- und Migrationspolitik im Freistaat wird eine Enquete-Kommission eingesetzt.
- II. Die Integration der vielen Menschen, die in den vergangenen Monaten und Jahren bei uns Zuflucht vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung gefunden haben und die gegenwärtig noch Zuflucht suchen, wird nicht nur in Bayern eine der entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Je erfolgreicher wir diese Herausforderung meistern

und je besser es uns gelingt, die damit verbundenen Chancen und Potenziale zu nutzen, umso positiver steht es auch um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer gemeinsamen Heimat.

Bayern war schon immer ein Ort des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Biografie und kultureller Prägung. So kamen in der unmittelbaren Nachkriegszeit rund zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene nach Bayern. Zwischen den 1950-er und 1970-er Jahren siedelten sich insgesamt mehr als eine Million sogenannter „Gastarbeiter“ in Bayern an. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR folgten in den 1990-er Jahren mehrere hunderttausend Spätaussiedler und über 30.000 jüdische Kontingentflüchtlinge. Im selben Zeitraum kamen ungefähr 350.000 Asylbewerber und zehntausende Menschen im Rahmen des Familiennachzugs nach Bayern. Gerade die in der Vergangenheit wie in der Gegenwart vielerorts gelebte Vielfalt und die damit verbundene gesellschaftliche Dynamik zeichnen das moderne Bayern aus und bieten einen wichtigen Erfahrungshintergrund für die Bewältigung der aktuellen integrationspolitischen Herausforderungen.

So vielfältig und unterschiedlich wie die Lebenssituationen und die Herkunftsgeschichten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sind auch die Lebenslagen, ihre jeweils spezifischen integrationspolitischen Bedürfnisse und die daraus resultierenden politischen Handlungserfordernisse. Hinzu kommen ausgeprägte Unterschiede zwischen städtisch geprägten Strukturen, insbesondere im Ballungsraum, und dem ländlichen Raum. Damit Integration erfolgreich ist, gilt es, diese unterschiedlichen Ausgangssituationen und Lebenslagen zu berücksichtigen, ihre Chancen und Potenziale zu erkennen und zu nutzen, damit verbundene Probleme zu beachten sowie Hemmnissen und Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es demgemäß, zunächst eine generelle Bestandsaufnahme zur Situation der unterschiedlichen Personengruppen mit Migrationshintergrund und Integrationsbedarf vorzunehmen (siehe Punkt III), um anschließend entlang zentraler Handlungsfelder (Sprache und Bildung; Gesellschaftliche und politische Partizipation; Diskriminierung und Rassismus; Wirtschaft und Arbeitsmarkt; Wohnen und Stadtentwicklung; Gesundheit und Pflege; Religion und Weltanschauung; Gleichstellung; Kultur

und Medien) Chancen, Risiken und Herausforderungen (auch finanzieller Art) zu identifizieren, die deren Integration mit sich bringt (siehe Punkt IV). Auf dieser Basis entwickelt die Enquete-Kommission konkrete Vorschläge für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Integrations- und Migrationspolitik in Bayern. In diesem Zusammenhang hat sie insbesondere Konzepte zu entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können. Zudem sind Beispiele gelungener, aber auch nicht gelungener Integration herauszuarbeiten, erfolgreiche Programme und Initiativen zu benennen und die Gründe für ihren Erfolg zu analysieren.

- III. Die generelle Bestandsaufnahme, die die Enquete-Kommission zunächst vornimmt, geschieht mithilfe einer Auswertung der Daten des aktuellen Mikrozensus sowie anderer verfügbarer Daten der Staatsministerien, Landesbehörden und Kommunen durch das Statistische Landesamt. Die Auswertung soll rückschauende Analysen und aktuelle Daten ebenso enthalten wie Prognosen über die künftige Entwicklung und soll so weit wie möglich Auskunft über die Verteilung soziokultureller und sozioökonomischer sowie demografischer Merkmale geben, wie etwa Alter, Geschlecht, Entwicklung der Einbürgerungsquote, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit und öffentliche Transferleistungen.

Ziel der Bestandsaufnahme ist es, eine erste Strukturierung und Ausdifferenzierung des vielfältigen Themenkomplexes „Integration und Migration in Bayern“ und insbesondere der unterschiedlichen Personengruppen vorzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass die damit einhergehenden Befunde Implikationen für die jeweiligen Integrationsbedarfe bzw. die politischen Lösungsvorschläge auf den verschiedenen Handlungsfeldern (siehe Punkt IV) mit sich bringen. Insbesondere ist dabei der Frage nachzugehen, welche Auswirkungen die Unterschiedlichkeit der Personengruppen (z.B. einerseits aktuell Geflüchtete und andererseits Menschen mit Migrationshintergrund, welche bereits seit längerem in Bayern leben) auf die jeweiligen Handlungsansätze hat.

- IV. Auf Basis der in Punkt III skizzierten Bestandsaufnahme untersucht die Enquete-Kommission zentrale Handlungsfelder der Integration in Bayern. Dabei setzt sie sich folgende Ziele und beantwortet folgende Leitfragen:

1. Sprache und Bildung

Ziele:

Im Bereich Sprache analysiert die Enquete-Kommission die Bedeutung von Spracherwerb und Sprachkompetenz für den Integrationsprozess und entwickelt Vorschläge zur Verbesserung der Sprachförderung, sowohl in Bezug auf den Erwerb der deutschen Sprache als auch in Bezug auf die Förderung der herkunftssprachlichen Kompetenz und der Mehrsprachigkeit.

Im Bereich Bildung untersucht sie die bisherigen Strategien und Konzepte der Bildungseinrichtungen des Freistaates Bayern (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Lernorte der außerschulischen Bildung) im Hinblick darauf, ob sie Migrantinnen und Migranten die gleichen Chancen auf den individuell bestmöglichen Bildungsabschluss eröffnen wie deutschen Muttersprachlern. Außerdem analysiert sie, wie es den Bildungseinrichtungen gelingen kann, die vorhandenen Ressourcen (z.B. kulturelle und berufliche Kompetenzen) von Migrantinnen und Migranten weiterzuentwickeln. Ferner ist zu klären, welche Rolle den Bildungseinrichtungen in Bezug auf die Wertevermittlung zukommt und welche Ressourcen dafür benötigt werden.

Leitfragen:

1. *Wie kann eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelingen, insbesondere angesichts der Herausforderung des Erlernens der deutschen Sprache?*
 - a) *Welche Rolle spielen Spracherwerb und Sprachkompetenz für den Integrationsprozess? Wie müssen die Bildungseinrichtungen in Bayern aufgestellt sein, um das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache in jeder (Lebens-)Phase zu unterstützen?*
 - b) *Wie versuchen Bildungseinrichtungen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund entlang der gesamten Bildungskette zu fördern? Was gelingt bislang gut, wo gibt es Defizite und wie kann die Integrationskraft der entsprechenden Einrichtungen gestärkt werden?*
 - c) *Wie können die vorhandenen Ressourcen der Migrantinnen und Migranten in den Bildungseinrichtungen in Bayern bestmöglich gefördert werden?*
 - d) *Wie können die Bildungseinrichtungen in Bayern ihren Beitrag zur Wertevermittlung optimal gestalten?*

2. Gesellschaftliche und politische Partizipation

Ziele:

Im Bereich der gesellschaftlichen und politischen Partizipation ist zu prüfen, wie die Teilhabe von Frauen und Männern bzw. Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund an politischen und gesellschaftlichen Kommunikations-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen sowie an den vielfältigen Formen bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen Engagements im Ehrenamt, in Vereinen und insbesondere im Sport weiter gefördert werden kann. Im Besonderen sind die Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Zudem sollen Fragen des aktiven und passiven Wahlrechts und der Förderung von Einbürgerungen von Migrantinnen und Migranten (bzw. der Möglichkeit einer Erhöhung der Einbürgerungsquote) geprüft werden.

Leitfragen:

2. *Wie kann die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund jeden Alters an politischen und gesellschaftlichen Kommunikations-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen (insbesondere in Gremien auf Landes- und Kommunalebene, die einen Bezug zu Belangen der Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen) sowie an den vielfältigen Formen bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen Engagements weiter gefördert werden?*
 - a) *Wie können freie Träger und zivilgesellschaftliche Initiativen besser gefördert werden (institutionelle Förderung statt rein projektbezogener Förderung)?*
 - b) *Wie gestalten sich insbesondere die Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche und wie sind diese zu bewerten?*
 - c) *Welche Rahmenbedingungen müssen für die Teilnahme an Wahlen als zentralem Element politischer Partizipation gegeben sein (insbesondere auch mit Blick auf junge Wählerinnen und Wähler bzw. potenzielle Erstwählerinnen und Erstwähler)?*
 - d) *Ist eine Erhöhung der Einbürgerungsquote von Migrantinnen und Migrantensinnvoll und was kann ggf. unternommen werden, um Einbürgerungen zu fördern?*

3. Diskriminierung und Rassismus

Ziele:

Im Bereich Diskriminierung hat die Enquete-Kommission die Wechselwirkung zwischen (Anti-)Diskriminierung und gesellschaftlicher (Des-)Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu untersuchen und zu bewerten. Dazu gehört unter

anderem, die Förderung von Antidiskriminierung im eigenen Zuständigkeitsbereich des Landes sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung gegen Diskriminierungen unterschiedlichster Art zu untersuchen. Außerdem ist ein Normen-Screening in allen wesentlichen Verwaltungsbereichen durchzuführen, um den Normenbestand auf Diskriminierung zu prüfen und Diskriminierungspotenziale aufgrund gesetzlicher Regelungen zu vermeiden. Ferner soll die Enquete-Kommission den Effekt anonymisierter Bewerbungsverfahren untersuchen, um die Diskrepanz zwischen gleicher Qualifikation und ungleichen Chancen zu minimieren sowie Diskriminierung aufgrund von Abstammung, Geschlecht und Alter zu beseitigen.

Im Bereich Rassismus sind eine Bestandsaufnahme rassistischer Denk- und Handlungsweisen sowie vorhandener Anti-Rassismus-Angebote im Freistaat vorzunehmen, eine kritische Bewertung dieser Angebote durchzuführen sowie Empfehlungen für eine ganzheitliche Anti-Rassismus-Strategie in Bayern abzugeben. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob in die Verfassung des Freistaates Bayern eine sog. „Anti-Rassismus-Klausel“ als Staatsziel aufgenommen werden soll.

Leitfragen:

3. *Ist die Gleichbehandlung aller gesellschaftlichen Gruppen als zentrales politisches Ziel in unserer demokratischen Gesellschaft in Bayern gegeben?*
 - a) *Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen (Anti-)Diskriminierung und gesellschaftlicher (Des-)Integration von Menschen mit Migrationshintergrund?*
 - b) *Sind alle wesentlichen Verwaltungsbereiche bezüglich des Normenbestands auf Diskriminierung ausreichend geprüft und werden Diskriminierungspotenziale vermieden?*
 - c) *Können anonymisierte Bewerbungsverfahren dazu beitragen, Diskriminierung in der Arbeitswelt zu minimieren?*
 - d) *Wie verbreitet sind rassistische Denk- und Handlungsweisen im Freistaat Bayern und wie kann diesen mit einer ganzheitlichen politischen und gesellschaftlichen Strategie entgegengewirkt werden?*
 - e) *Ist es sinnvoll, eine Staatszielbestimmung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, also eine sog. „Anti-Rassismus-Klausel“, in die Bayerische Verfassung mitaufzunehmen?*

4. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Ziele:

Im Bereich der Wirtschaft hat die Enquete-Kommission die diesbezügliche Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund zu analysieren: Dabei ist der Beitrag von Migrantinnen und Migranten für Innovation und Wachstum in Bayern ebenso zu klären wie auftretende Probleme. Auch ihre Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft ist zu untersuchen.

In den Bereichen Ausbildung und Arbeitswelt ist die gegenwärtige Situation von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund (z.B. Durchschnittslöhne, Arbeitslosigkeit, Berufsbilder) zu untersuchen. Darüber hinaus soll eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Programme für Menschen mit Migrationshintergrund vorgenommen werden. Auch sind Möglichkeiten und Strategien zur Verbesserung der Ausbildungssituation junger Menschen mit Migrationshintergrund, zur Erweiterung ihres Berufswahlspektrums und insgesamt zur Steigerung der Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen, zu diskutieren und zu prüfen. Hier soll die Enquete-Kommission auch Fragen der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern (bspw. Fachkräfte) sowie Fragen zur Integration in den einzelnen Betrieben erörtern. Zudem hat sie die Problematik der Bedeutung und der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse zu untersuchen sowie Vorschläge zur Verbesserung der Anerkennungspraxis zu entwickeln. Darüber hinaus sind die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie die Stärkung interkultureller Kompetenzen zu untersuchen, um sich speziell auf die zunehmenden Anforderungen und Bedürfnisse einer Einwanderungsgesellschaft einstellen zu können.

Leitfragen:

4. *Welche Rolle spielen Menschen mit Migrationshintergrund für die bayerische Wirtschaft und sind die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Integration in den bayerischen Arbeitsmarkt gegeben?*
 - a) *Welchen Beitrag leisten Frauen und Männer mit Migrationshintergrund in der Wirtschaft im Hinblick auf Innovation und Wachstum? Welche Probleme treten auf?*
 - b) *Welche Möglichkeiten und Strategien hat Bayern zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Migrationshintergrund? Wie können in diesem Zusammenhang Arbeitsplatzkonkurrenzen zwischen Migrantinnen und Migranten auf der einen und Einheimischen auf der anderen Seite vermieden werden?*

- c) *Wie kann sich Bayern durch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung auf die zunehmenden Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft einstellen?*

5. Wohnen und Stadtentwicklung

Ziele:

In den Bereichen Wohnen und Stadtentwicklung ist zu prüfen, wie (bspw. mithilfe von Instrumenten der Stadt- und Quartiersentwicklung) eine positive Zukunftsperspektive im Sinne einer verbesserten Integration durch ein lebendiges Wohnumfeld geschaffen und soziokulturelle Segregation vermieden werden kann. Insbesondere ist dabei zu klären, wie es gelingen kann, zügig bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, um den entsprechenden Bedarfen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, und ob hierzu ggf. auch rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen sind.

Leitfragen:

5. *Wie kann Wohnen als Baustein für erfolgreiche Integration wirken?*
 - a) *Wie kann in relativ kurzer Zeit ausreichend bezahlbarer Wohnraum in Bayern geschaffen werden? Sind hierfür bspw. auch rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen?*
 - b) *Wie kann gewährleistet werden, dass sich Wohnen nicht nur in der bloßen Unterbringung von Menschen erschöpft, sondern ein lebendiges Miteinander ermöglicht und Segregation vermieden wird?*

6. Gesundheit und Pflege

Ziele:

In den Bereichen Gesundheit und Pflege hat die Enquete-Kommission Rahmenbedingungen und Zugangsbarrieren (z.B. Sprachbarrieren, differierende Krankheitskonzepte, soziale Hürden, spezielle Situationen von Menschen mit Traumata, Barrieren für Menschen mit Behinderung) zu prüfen und Handlungsansätze bzw. Verbesserungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Voraussetzungen für die Gewährleistung einer kultursensiblen Gesundheitsversorgung und Pflege, auch im Alter, zu diskutieren.

Leitfragen:

6. *Welche Barrieren bestehen für Menschen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Gesundheit und Pflege und wie können diese beseitigt werden?*
- Wie gestalten sich die Rahmenbedingungen und Zugangsbarrieren in diesen Bereichen?*
 - Wie kann eine kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege gewährleistet werden?*

7. Religion und Weltanschauung**Ziele:**

Im Bereich Religion und Weltanschauung ist die Rolle und Bedeutung von Religionen und Weltanschauungen sowie von religiösen bzw. religiös geprägten Traditionen und Praktiken (z.B. Bestattung im Leintuch) für die Integration zu untersuchen und zu bewerten. Zudem soll der interreligiöse Dialog in Bayern im Hinblick auf den Umgang mit unterschiedlichen religiösen Traditionen sowie auf gemeinsame Anstrengungen zur Prävention von Radikalisierung untersucht werden. Auf dieser Grundlage sind sodann Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung des interreligiösen Dialogs zu diskutieren.

Darüber hinaus untersucht die Enquete-Kommission die Möglichkeiten und potenziellen Folgewirkungen eines Staatsvertrags mit der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Bayern, um die islamischen Religionsgemeinschaften als Teil einer pluralistischen und weltoffenen Gesellschaft anzuerkennen, vor allem im Hinblick auf islamischen Religionsunterricht als Regelangebot an allen Schulen in Bayern.

Leitfragen:

7. *Welchen Stellenwert nehmen unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen in Bezug auf die Gestaltung von Integrationsprozessen ein?*
- Wie kann der interreligiöse Dialog in Bayern gefördert werden, auch im Hinblick auf gemeinsame Anstrengungen zur Prävention von Radikalisierung?*
 - Welche Möglichkeiten böte ein Staatsvertrag mit der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Bayern (insbesondere im Hinblick auf ein Regelangebot islamischen Religionsunterrichts an allen bayerischen Schulen)?*

8. Gleichstellung**Ziele:**

Im Bereich der Gleichstellung setzt sich die Enquete-Kommission das Ziel, die gegenwärtigen Einstellungen, Lebenssituationen und Partizipationsmöglichkeiten von Frauen und Männern, Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund zu analysieren, sowohl in Bezug auf die Geschlechtergerechtigkeit als auch auf die Gleichstellung lesbischer, schwuler, bi- und transsexueller Lebensweisen. Was die Geschlechtergerechtigkeit betrifft, so ist insbesondere zu prüfen, wie die Chancen von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Arbeit weiter verbessert werden können. Insgesamt ist das Thema Gleichstellung auch in Bezug darauf zu analysieren, wie Zugewanderte bestehende rechtliche Möglichkeiten besser wahrnehmen können, ob also bspw. die entsprechenden Informationsangebote auszubauen bzw. zu verbessern sind.

Leitfragen:

8. *Wie gestalten sich Einstellungen, Lebenssituationen und Partizipationsmöglichkeiten von Frauen und Männern bzw. Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund aus gleichstellungspolitischer Perspektive?*
- Wie können insbesondere die Teilhabechancen von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verbessert werden?*
 - Wie kann die Gleichstellung von Zugewanderten mit lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Lebensweisen erreicht werden?*

9. Kultur und Medien**Ziele:**

Im Bereich der Kultur soll insbesondere untersucht werden, wie sich die Akzeptanz von zentralen gesellschaftlichen Werten (z.B. Wertekanon des Grundgesetzes) einerseits und von unterschiedlichen kulturellen Normen bzw. Traditionen andererseits zueinander verhalten, das heißt, ob und unter welchen Voraussetzungen sie sich bereichern oder in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und welche Konsequenzen dies jeweils für den Integrationsprozess hat. Zudem sind Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung verschiedener Formen des interkulturellen Dialogs bzw. der interkulturellen Vernetzung zu diskutieren. Kulturelle Aktivitäten sollen in diesem Zusammenhang auch unter dem Aspekt ihres Beitrags zur Bewahrung der jeweiligen kulturellen Identität und zum Erhalt der kulturellen Vielfalt erörtert werden.

Im Bereich der Medien ist die Rolle und Bedeutung der Medien für den Gesamtkomplex Integration zu untersuchen und zu bewerten, insbesondere unter dem Blickwinkel, ob und wie die Medien die Lebenswirklichkeit einer pluralistischen Gesellschaft abbilden können bzw. sollten.

Leitfragen:

9. *Inwieweit können unterschiedliche kulturelle Normen und Traditionen im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft bewahrt, gefördert und vernetzt werden?*

a) *Welche Bedeutung für den Integrationsprozess hat die Akzeptanz von zentralen gesellschaftlichen Werten einerseits und von kulturellen Normen und Traditionen andererseits?*

b) *Welche Rolle spielen die Medien als vermittelnder Akteur inmitten einer pluralistischen Gesellschaft?*

V. Die Enquete-Kommission wird gebeten, dem Landtag bis zum Frühjahr des Jahres 2018 über die Ergebnisse zu berichten, diese zu bewerten und etwaige Konsequenzen für die Bundes- und Landesgesetzgebung sowie die Gesellschaft darzustellen. Sie kann zu einzelnen Fragen Zwischenberichte erstatten und zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.

VI. Unabhängig von der Arbeit der Enquete-Kommission bleibt die Staatsregierung aufgefordert, die Integration durch konkretes Handeln auch in Zukunft schnell und wirksam zu fördern.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen,
Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/11184

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Integration in Bayern aktiv gestalten“**

Der Antrag mit der Drucksachenummer 17/11184 wurde zurückge-
zogen.

Landtagsamt